

KINDERFEST IN ROSTOCK

Der Rostocker Christopher Köhn, seit Mai Kreisvorstandsmitglied der Rostocker LINKEN, übergab am 17. Juni einen Spendenscheck in Höhe von 950 € an die Rostocker Tafel. Zu den Beweggründen sagte Köhn: „Die Rostocker Tafel hat aktuell ein neues Kühlfahrzeug bestellen müssen, was mit erheblichen Kosten verbunden ist. An dieser Stelle wollte ich gerne ein wenig Hilfe leisten, um die Versorgung bedürftiger Menschen mit gespendeten Lebensmitteln unterstützen zu können.“

Mit Hilfe zahlreicher namhafter Sponsoren wie der Wohnungsgenossenschaft Schiffahrt-Hafen

e.G. und des Restaurants Am Strom/Mahlwerk Coffee aus Warnemünde konn-

te am 10. Juni zu Gunsten der Rostocker Tafel ein buntes Straßenfest im Rostocker Freizeitzentrum in Reutershagen auf die Beine gestellt werden. Die Deutsche Post

Großraum Reutershagen.

Am Fest nahmen viele begeisterte Eltern und Kinder teil, so dass ganztägig eine hervorragende Stimmung herrschte. Am

Ende kam ein Spendenerlös über 950 € sowie eine umfangreiche Getränke spende für die Ausgabestellen der Tafel zustande.

Beate Kopka, Leiterin der Rostocker Tafel gGmbH, war sichtlich erfreut: „Der Aufwand hat sich gelohnt, es ist eine tolle Spende dabei zusammengekommen. Ein großes Dankeschön an die Organisatoren, Sponsoren und alle Gäste.“

Da das Straßenfest so ein großer Erfolg war, plant Veranstalter

Christopher Köhn bereits einen Folgetermin im Jahr 2018.



übernahm im Vorfeld die Verteilung der selbst gestalteten Einladungskarten im



In Dierkow weihte Dietmar Bartsch ein Plakat gegen Kinderarmut ein Mehr dazu auf Seite 3



In Hannover traf man sich zum Bundesparteitag - wir waren dabei Mehr dazu auf den Seiten 4-5



In Rostock feierte DIE LINKE Geburtstag und viele alte Bekannte kamen vorbei Mehr dazu auf Seite 6

In dieser Ausgabe

Seite 2: Tarifverträge
Seite 3: Kinderarmut
Seite 4/5: Bundesparteitag
Seite 6: 10 Jahre DIE LINKE
Seite 7: Wahlkampflektüre
Seite 8: Leitbild DIE LINKE.M-V
Seite 10: Kinderfest in Schwaan

Seite 10/11: Plattdeutsches
Seite 11: Deutscher Städtetag
Seite 12: Kreisvorstand HRO
Seite 13: Rotfeder/Geschichte
Seite 14: Evershagen
Seite 15: Ilja Ehrenburg
Seite 16: Bafög/Skizzen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, vor Euch liegt nun die Doppelausgabe Juli/August des KLARTEXT. Bevor wir in die nicht unverdiente Sommerpause gehen, möchten wir den Leserinnen und Lesern noch einmal vor Augen führen, warum es sich lohnt, für DIE LINKE in den Wahlkampf zu ziehen. Sei es nun der Kampf gegen Kinderarmut oder der Einsatz für eine friedliche Außenpolitik – DIE LINKE wird gebraucht. Wolfgang Methling berichtet über den Bundesparteitag. Auch in Hannover wurde deutlich: In den vergangenen zehn Jahren ist DIE LINKE zu einer starken Kraft herangewachsen. Wofür DIE LINKE vor der Bundestagswahl steht, haben Sahra und Dietmar auf Seite 7 zusammengefasst. Zum letzten Mal könnt Ihr einen plattdeut-

schen Beitrag von Kurt Kaiser lesen, wie immer ein Leckerbissen der plattdeutschen politischen Publizistik. Wir danken Kurt ganz herzlich für die jahrelange gute Zusammenarbeit. Alles Gute, lieber Kurt! Auf Geschichte müsst Ihr jedoch auch in Zukunft nicht verzichten, denn mit Blick auf das Rostocker Stadtjubiläum starten wir die Serie „Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock“ – eine Idee unseres langjährigen Redakteurs Wolfgang Bergt. Wir melden uns im September wieder, dann auch zu der Frage: „Wann wird’s mal wieder richtig Sommer?“

Viel Vergnügen beim Lesen des KLARTEXT wünschen Euch Carsten Penzlin und die Redaktion.

Solidarität mit den Beschäftigten im Handel und ihrer Forderung nach der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge

Resolution der 2. Tagung des 5. Parteitags vom 9. bis 11. Juni 2017 in Hannover

Die etwa drei Millionen Beschäftigten im Handel erleben einen gnadenlosen Verdrängungswettbewerb, der seit Jahren auf ihrem Rücken ausgetragen wird. Fast zwei Drittel von ihnen arbeiten mittlerweile in Teilzeit oder sind geringfügig beschäftigt – und haben damit immer weniger Geld, um ihren Lebensalltag zu bestreiten. Der Frauenanteil beträgt fast 70 Prozent, womit insbesondere Frauen mittelbarer Diskriminierung ausgesetzt sind. Selbst Beschäftigten, die nach Tarifvertrag bezahlt werden, droht auch nach einer Lebensarbeitszeit von 45 Jahren Altersarmut. Derzeit finden in der Branche Tarifaueinandersetzungen statt. Da die Arbeitgeber immer häufiger aus den Tarifen flüchten, fordert ver.di unter anderem eine Allgemeinverbindlichkeit, damit die Standards etwa für die Gehälter, Urlaubstage, Jahresleistungen, Arbeitszeiten und vieles mehr nicht weiter nach unten geschraubt werden können.

Die Tarifflicht von real, die Gesprächsverweigerung von Amazon und auch die Ausgliederung an selbstständige Einzelhändler bei Edeka und Rewe sorgen für einen immensen Lohndruck nach unten. Dem sind dann auch die (noch) tarifgebundenen Unternehmen ausgesetzt.

Die bisherigen hilflosen Versuche der Bundesregierung, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Tarifverträge zu erleichtern, sind gnadenlos gescheitert. Das Gegenteil trat ein: Statt mehr Tarifverträge gelten nach der Reform sogar weniger Tarifverträge für die gesamte Branche.

Die Gewerkschaft ver.di hat im März eine Kampagne für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung (AVE) gestartet, die noch bis zur Bundestagswahl gehen wird. Der Bundesparteitag erklärt sich solidarisch mit den mehr als berechtigten Forderungen der Beschäftigten im Handel. Er fordert alle Bundestagsabgeordneten auf, diese Kampagne durch ihre Unterschrift zu unterstützen.



KLARTEXT online

Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts – Endlich Normalität

Zur Entscheidung im Bundestag über die Ehe für alle erklärt der Fraktionsvorsitzen-



de der LINKEN im Bundestag und Spitzenkandidat für die Bundestagswahl, Dietmar Bartsch:

„Die heutige Einführung des Rechts auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts ist ein historischer Tag und ein Moment der Freude. Mit diesem Gesetz schaffen wir ein Stück Normalität in diesem Land, die längst überfällig war. Dennoch muss der Kampf um Gleichberechtigung von Homo- und Transsexuellen weitergeführt werden. „In Zukunft gilt es weiterhin gegen jede Form von Homophobie einzutreten und für eine offene und respektvolle Gesellschaft zu kämpfen, in der niemand wegen seiner sexuellen Orientierung diskriminiert wird“, so Dietmar Bartsch.

Am 15. Juli wird auf dem Neuen Markt in Rostock der Christopher Street Day begangen. An diesem Tag wird auch Dietmar Bartsch zugegen sein und für Gespräche zur Verfügung stehen.

Abrüsten! Hunger, Krankheit und Armut bekämpfen!

DIE LINKE.

Kampagne gegen Kinderarmut

„Kinderarmut ist politisch mit zu verantwortende Kindeswohlgefährdung.“

... zu diesem Ergebnis kommt Prof. Dr. Michael Klundt in seiner Studie „Kinderarmut

und Reichtum in Deutschland“, die er im Auftrag der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN und der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellte. Vorgestellt wurde diese Studie am 11. Mai 2017 auf einem Treffen des bundesweiten ‚Netzwerks gegen Kinderarmut‘ in Berlin.

In dieser Studie zeigt Prof. Michael Klundt auf, was wir im politischen Alltag sowohl auf Bundes- als auch auf

Landesebene immer wieder erleben: SPD und CDU versuchen Kinderarmut zu verharmlosen, indem nur absolut arme Kinder als „echte Arme“ akzeptiert werden. So z.B. im aktuellen 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, wo Passagen schlichtweg gestrichen wurden. Auf Landesebene wird versucht, dieses Problem wegzudefinieren. So ist es nicht verwunderlich, dass weder im Koalitionsvertrag auf Bundes- noch auf Landesebene zwischen SPD und CDU das Wort „Kinderarmut“ überhaupt auftaucht, geschweige denn Maßnahmen, dieses Problem anzugehen.

Es ist in einem reichen Land

wie Deutschland ein Skandal, dass wir Kinder und Jugendliche haben, die von der Gesellschaft abgehängt sind. In Mecklenburg-Vorpommern ist fast jedes 3. Kind

stimmt Aktionsplan gegen Kinderarmut. Die einzelne Maßnahme gegen Kinder- und Jugendarmut gibt es nicht.

Auf Bundesebene fordert DIE LINKE die Einführung einer existenzsichernden Grundsicherung von derzeit 570 Euro im Monat, die nicht auf das Einkommen der Eltern angerechnet wird. Auf Landesebene läuft in Mecklenburg-Vorpommern aktuell eine Volksinitiative gegen Kinder- und Jugendarmut, die wir als LINKE maßgeblich unterstützen. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, eine qualitativ verbesserte und vor allem kostenfreie Bildung ab der Kita einzuführen. Die Jugend- und Schulsozialarbeit soll endlich gesetzlich verankert und



„Einweihung“ einer Großfläche, wie sie im Juni vielfach in M-V zu sehen war

bzw. Jugendlicher von Armut betroffen. Es gilt, endlich hinzuschauen und Maßnahmen gegen Kinder- und Jugendarmut zu ergreifen - auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene. Es braucht einen abge-

auskömmlich finanziert werden.

Die Studie „Kinderarmut und Reichtum in Deutschland“ von Prof. Dr. Michael Klundt ist im Internet zu finden unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Kinderarmut_Studie.pdf

Die Volksinitiative gegen Kinderarmut in M-V kann unter www.raus-bist-du.de heruntergeladen werden.

»Die immer rasantere Konzentration obszöner Reichtums ist genauso eine zivilisatorische Bedrohung wie der Klimawandel.«

Dietmar Bartsch Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, im Bundestag



Jacqueline Bernhardt, stv. Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag M-V und Dr. Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag

Quelle: Newsletter

Unsere Forderungen gegen Kinderarmut

Jedes Kind in Mecklenburg-Vorpommern muss die gleichen Chancen für seine bestmögliche Entwicklung haben. Dafür tragen Politik und alle gesellschaftlichen Einrichtungen Verantwortung. Vereine, Bündnisse, Initiativen und Parteien – jede und jeder Einzelne – müssen ihren Beitrag leisten, damit Kinder und Jugendliche nicht in Armut leben müssen.

Jedes dritte Kind in Mecklenburg-Vorpommern lebt in Armut oder ist von dieser bedroht. Kinderarmut ist Elternarmut. Arbeitslosigkeit oder zu niedrige Löhne machen Familien arm. Den Kindern ist es verwehrt, ein Musikinstrument zu erlernen, Sport im Verein zu treiben oder ins Kino zu

gehen. Es fehlt häufig das Geld für Winterkleidung, für Ausflüge oder Urlaub. Arme Kinder sind zudem häufiger krank.

Es ist höchste Zeit zu handeln. Alle Kinder und Jugendliche in Mecklenburg-Vorpommern sollen in einem chancengleichen, förderlichen und friedlichen Umfeld aufwachsen.

Deshalb fordern wir:

1. Kinderkarte in Höhe von 50 Euro pro Monat für 6- bis 16-Jährige
2. Kostenfreie Kita
3. Recht auf Hortplatz für jedes Kind
4. Kostenfreie Beförderung von Schülern

und Azubis

5. Kostenfreies gesundes Mittagessen in Kitas und Schulen
6. Schulsozialarbeit zur Pflichtaufgabe des Landes machen
7. Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit flächendeckend sicherstellen
8. Zugang zu Familienleistungen erleichtern und für Geringverdiener stärken
9. Familienleistungen nicht auf Hartz IV anrechnen
10. Kinder- und Jugendgesundheitsbericht fortschreiben

www.linksfraktionmv.de

Persönliche Eindrücke vom Bundesparteitag in Hannover

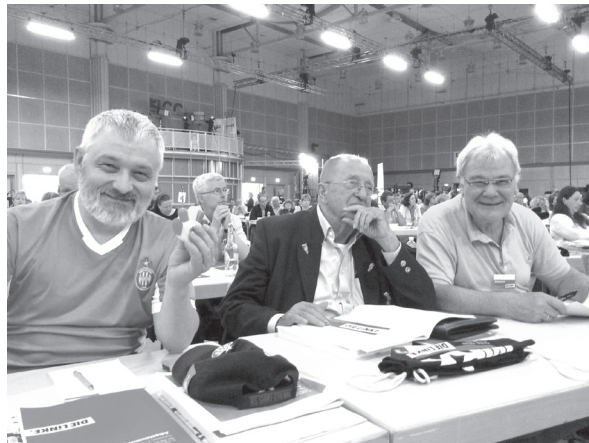
Seit 1991 habe ich fast ohne Unterbrechung als Delegierter oder mit beratender Stimme zu den Bundesparteitagen der PDS, ab 2007 der LINKEN, teilgenommen. Die Fahrt zum Bundesparteitag vom 9. bis 11. Oktober in Hannover verging dank der unterhaltsamen Begleitung durch Barbara Kirchhainer wie im Fluge, obwohl mein kleines Auto selten mehr als 120 kmh erreichte. In Abhängigkeit vom Hauptziel des Parteitages waren die Ziele, Erwartungen und Hoffnungen stets spezifisch. Bei unserem Parteitag ging es vor allem um die Diskussion und den Beschluss des Programms für die Bundestagswahl sowie die Wahlen der Bundesfinanzrevisionskommission und der Bundesschiedskommission. Wie immer gab es auch eine große Anzahl weiterer Anträge sowie Dringlichkeitsanträge. Ich will es vorweg nehmen und feststellen, dass der Parteitag bei nur geringer Überschreitung des Zeitplanes alle Ziele erreicht und Zuversicht für einen erfolgreichen Wahlkampf vermittelt hat.

Der Eröffnung und Konstituierung des Parteitages folgte das schon traditionelle Frauenplenum, bei dem die Frauen ihre Sicht auf die aktuelle Politik und die Bundestagswahl diskutierten. Darüber berichteten sie später im Plenum des Parteitages.

Nach der Klärung der Tagesordnung (mit Aufnahme des mündlichen Berichtes des Ältestenrates durch Hans Modrow) und des Verfahrens der Behandlung der etwa 1300 Änderungsanträge (auch aus dem Kreisverband der Hansestadt Rostock) zum Leitantrag des Bundestagswahlprogramms sowie weiteren Anträge konnte es bis 23.00 Uhr mit den ersten Reden und der Generaldebatte zum Wahlprogramm losgehen. Der Parteivorstand und die Antragskommission hatten durch Übernahmen bzw. Teilübernahmen von Änderungsanträgen und intensive Diskussionen mit den Antragstellern im Vorfeld erreicht, dass auf dem Parteitag „nur noch“ ca. 400 Änderungsanträge zu behandeln waren.

Die Diskussion der Änderungsanträge wurde aus meiner Sicht durch das Tagungspräsidium und die Antragskommission fast ausnahmslos transparent, übersichtlich und fair geführt. Kurze Antragsbegründungen, Für- und Gegensprachen gaben den Delegierten eine ausreichende Grundlage für ihre persönliche Entscheidung zum

Antrag. Nur selten war das Abstimmungsverhältnis so knapp, dass die einwandfrei



aufgerufen, heftig und emotional diskutiert und mit deutlicher Mehrheit abgelehnt wurde. Ich persönlich hatte schon am Sonnabend dagegen gestimmt und war froh über die Korrektur dieser Entscheidung, die das soziale und kulturelle Wirken von kirchlichen Einrichtungen und Gemeinden weitgehend ignoriert hatte. Allerdings fand ich die vordergründigen Argumentationen von Hoff, Pau und Lederer mit der wichtigen Rolle der jüdischen Gemeinden nicht angemessen und richtig.

Für mich überraschend wurden die relativ kurzen Textpassagen zu „Queer – Gleichberechtigung für alle Lebensweisen“ in den Rang eines separaten Kapitels (XIII) gehoben, weil sie nicht in das Kapitel XII „Für einen linken Feminismus“ passen. Eine engagierte Diskussion gab es ebenfalls zur Einordnung des Kapitels „Nein zum Krieg“, das viele Delegierte als erstes Kapitel platzieren wollten. Dieser Vorschlag fand aber keine Mehrheit, auch weil man verständlicherweise keine neue Diskussion zur Rang- und Reihenfolge der Schwerpunkte führen wollte. Nachdem die Änderungsanträge zur inhaltlichen Ergänzung der Titelzeile des Programms gründlich diskutiert wurden, beschloss der Parteitag folgende Überschrift: Die Zukunft, für die wir kämpfen: SOZIAL. GERECHT. FRIEDEN. FÜR ALLE. Ergänzt worden war FRIEDEN. Das gründlich diskutierte und an vielen Stellen ergänzte, nunmehr 136 Seiten umfassende Wahlprogramm wurde mit sehr großer Mehrheit mit nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen bei bester Stimmung der Delegierten beschlossen.

Die Diskussion zum Wahlprogramm wurde durch die meistens begeisterten und gefeierten Reden unserer Vorsitzenden (Kipping, Riexinger, Zimmer, Gysi, Bartsch und Wagenknecht) eingeleitet, begleitet und gekrönt. Für meinen Geschmack hatte der begleitende Beifall einen Schuss zuviel an Inszenierung, auch wenn diese zur guten Stimmung und Motivierung der Delegierten beitrug. Die Rede von Dietmar Bartsch, unserem Spitzenkandidaten, war ebenfalls sehr empathisch angelegt. Den größten Beifall fand erwartungsgemäß die Rede von Sahra Wagenknecht, die ein Feuerwerk der Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern und Konkurrenten bot. Die Rede von Gregor Gysi als Präsident der Europäischen Linkspartei war für mich ungewohnt kontrolliert, wenig emotional und

funktionierenden elektronischen Abstimmungsgeräte genutzt werden mussten.

Zu einer besonderen Situation kam es am Sonntagmorgen, als der spät am Sonnabend beschlossene Antrag für die Beendigung von Kirchen-Staats-Verträgen nach persönlichen Erklärungen von Benjamin Hoff, Petra Pau und Klaus Lederer erneut

ambitioniert vorgetragen. Über die Europäische Linkspartei selbst hatte er gar nicht gesprochen. Er hatte sogar seine geplante Redezeit um 5 min unterboten. Das war ihm noch nie passiert.

Aus meiner Sicht hatten alle Reden unserer Vorsitzenden einen wesentlichen Makel: die relativ geringe inhaltliche Breite (Frieden, soziale Gerechtigkeit), den Tunnelblick auf die politischen Schwerpunkte des Wahlkampfes der LINKEN. Ich vermisste (im Unterschied zum Wahlprogramm) schmerzliche Argumentationen zur Zukunftsfrage des sozialökologischen Umbaus, zur Bildung, zur Kultur u.a. Ich stelle mit gewissem Frust fest, dass diese Schwerpunktsetzung wohl (wieder) unseren Wahlkampf bestimmen soll. Das halte ich strategisch für falsch, weil

es potenzielle Linkswähler, denen die von mir genannten Politikbereiche sehr wichtig sind, abschreckt und DIE LINKE eigentlich

Zentralität der ökologischen Frage herausgearbeitet.

Auf der Rückfahrt vom Parteitag nach Hause waren Barbara Kirchhainer und ich einer Meinung. Dieser Parteitag hat ein sehr gutes Programm als Grundlage für unseren Bundestagswahlkampf beschlossen. Jetzt liegt es auch an uns, die Wählerinnen und Wähler davon zu überzeugen, dass es viele gute Gründe gibt, DIE LINKE zu wählen: Friedenspolitik, Steuerpolitik, Rentenpolitik, Lohn- und Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Wohnungspolitik, ökologische Politik, Bildungspolitik, Kulturpolitik, Demokratiep...

Prof. Wolfgang Methling



die einzige konsequent ökologische Partei ist, weil sie es mit den entscheidenden Politikfeldern (Frieden, Eigentum, Demokratie u.a.) verbindet. Übrigens hat Bernd Riexinger in seiner Rede zum 10. Geburtstag der LINKEN am 16. Juni in Berlin (im Unterschied zu allen anderen Rednern) die

DIE LINKE in Bund und Ländern lehnt die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab

Beschluss der 2. Tagung des 5. Parteitags vom 9. bis 11. Juni 2017 in Hannover

Die Große Koalition hat im Bundestag - gegen die Stimmen der LINKEN - im Rahmen der Neuordnung des Bund-Länder-Finanzgleiches für die Grundgesetzänderung zur Errichtung einer privatrechtlichen Infrastruktur-GmbH gestimmt. Damit wurden die Türen zur Privatisierung der Autobahnen geöffnet.

Autobahnen gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge: Sie wurden von der Allgemeinheit bezahlt und dürfen nicht zum Renditeobjekt von Konzernen und Versicherungen werden. DIE LINKE fordert, dass Infrastruktur nicht verscherbelt wird. Öffentliche Infrastruktur muss in öffentlicher Hand bleiben und demokratisch ge-

staltet werde. Öffentlich-private Partnerschaften und andere Privatisierungsformen lehnen wir ab, denn private Gewinninteressen kommen die Allgemeinheit teuer zu stehen.

Es ist ein zutiefst undemokratischer Vorgang, dass im Bundesrat die Abstimmung über den Bund-Länder-Finanzausgleich mit der Abstimmung über die Autobahnprivatisierung verknüpft wurde, obwohl beides nichts miteinander zu tun hat. Diese Verknüpfung ist ein erpresserisches Manöver vor allem von Finanzminister Schäuble im Chor mit der SPD. Die Bundesländer leiden unter der Schuldenbremse und brauchen die zusätzlichen 9,7 Milliarden Euro vom Bund.

Die Länder mit der LINKEN in Regierungsverantwortung haben deshalb im Bundesrat den Antrag gestellt, den Vermittlungsausschuss anzurufen, um die vom Bundestag beschlossenen Gründung einer privatrechtlichen Infrastrukturgesellschaft

zu verhindern. Dieser Antrag wurde von den anderen Ländern abgelehnt.

DIE LINKE in Bund und Ländern lehnt die Privatisierung öffentlichen Eigentums ab. Wir halten deshalb die Entscheidung der Landesregierungen im Bundesrat für falsch und hätten uns ein anderes Abstimmungsverhalten gewünscht.

Wir verstehen das Dilemma, vor dem die linken Regierungsvertreter in den Ländern, die verlässliche landespolitische Finanzspielräume langfristig sichern wollten, durch die Erpressungstaktik der Bundesregierung bei ihrer Entscheidung standen. Wir werden auf allen Ebenen gemeinsam dafür kämpfen, dass die Privatisierungstüren, die der Bundestag vorgesehen hat, nicht aufgestoßen werden. Die Bedingungen dafür werden umso besser, wenn bei der Bundestagswahl DIE LINKE gestärkt wird. Jede Stimme für DIE LINKE ist auch eine Stimme gegen die Autobahnprivatisierung.

Erklärung der Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform (KPF) vom 24.06.2017

Die Teilnehmer der Landeskonferenz haben am 24.6. in Rostock über den Bundesparteitag in Hannover diskutiert und erklären: Viele Genoss_innen haben den Parteitag auch am Bildschirm verfolgt und dabei insbesondere den Reden der Vorsitzenden und Spitzenkandidaten Beachtung geschenkt. Besonders überzeugend war die Rede der Genossin Sahra Wagenknecht.

Wir sind froh, dass sich die Meinung "wir kämpfen für eine starke LINKE" deutlich abgezeichnet hat und erwarten, dass die ständigen Äußerungen zur Regierungsbeteiligung (rot-rot-

grün) vorbei sind. Eine Regierungsbeteiligung würde unsere Partei schwächen und



bedeutungslos werden lassen, weil mit der SPD und den GRÜNEN in deren derzeitigen Verfasstheit kein Politikwechsel möglich ist, sondern lediglich eine Abmilderung des Kapitalismus erreicht werden könnte. Wir bedauern sehr, dass das Wort „Kampfeinsätze“ nicht aus dem Programm gestrichen werden konnte. Auch die Friedenspositionen konnten nicht wie erhofft trotz mehrerer Anträge nach vorn platziert werden. Trotzdem stimmen wir dem Wahlprogramm zu und werden uns mit dem Programmlogo „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle“ aktiv im Wahlkampf einbringen. Der Erklärung des Bundessprecherrates der KPF vom 22. Juni 2017 „Für eine starke LINKE“ stimmen wir inhaltlich und politisch zu.

Die Teilnehmer der Landeskonferenz

10 Jahre **DIE LINKE** - Ein Grund zum Feiern

Am 24. Juni feierten viele Rostocker Genoss*innen in Warnemünde den 10. Geburtstag der Partei DIE LINKE.

10 Jahre sind im weltgeschichtlichen Maßstab keine große Sache, aber wenn man diese Jahre so hautnah miterlebt wie so viele unter uns, dann kommt einiges zusammen an positiven und manchmal auch negativen Erlebnissen. Beim Betrachten von Hunderten Fotos aus diesen zehn Jahren konnten die Anwesenden gemeinsam in Erinnerungen schwelgen.

Seit 2007 hat sich die Partei stark verändert. Wir mussten Abschied nehmen von einigen Genossen, die gestorben sind, andere sind mittlerweile zu krank für politische Arbeit. Aber auch viele neue Gesichter sind dazugekommen.

Wir haben in den vergangenen 10 Jahren gemeinsam einiges erreicht. Erinnert sei an den Gewinn des Direktmandats für den Bundestag durch Steffen Bockhahn, vielleicht können wir diesen Erfolg im September wiederholen. Steffen ist heute Senator und findet viel Anerkennung für seine Arbeit, genauso wie unser Bürgerschaftspräsident Wolfgang Nitzsche. Wir sind bei der Kommunalwahl 2014 die stärkste Kraft geworden, DIE LINKE prägt in der Bürgerschaft und in den Ortsbeiräten die Politik in dieser Stadt. **Darauf können wir stolz sein!**



Peter Ritter, der erste Landesvorsitzende nach der Fusion von PDS und WASG



Die Donnis aus Lütten Klein sind auch wieder mit von der Partie



Dietmar Bartsch



Kulturprogramm mit Charly

Das Ziel stets vor Augen - DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wird zehn Jahre alt

Vor genau zehn Jahren, am 24. Juni 2007, vereinigten sich die *Linkspartei.PDS* und die *WASG* auch in Mecklenburg-Vorpommern zu der neuen Partei DIE LINKE. Zuvor hatten sich 97,5% der Genossinnen und Genossen aus M-V in der bundesweiten Urabstimmung für die Vereinigung der zwei Parteien entschieden. Auf dem Landesparteitag in Rostock beschlossen die Delegierten schließlich ihre Satzung für die neue Partei im Nordosten. DIE LINKE Mecklenburg-Vorpommern entstand.

“Es war eine unglaublich spannende Zeit“, blickt die heutige Landesvorsitzende Heidrun Bluhm zurück. “Wir haben uns damals der Herausforderung gestellt, eine gesamtdeutsche Partei zu werden. Das ist uns tatsächlich sehr gut gelungen”.

“Einfach war es tatsächlich nicht immer“, sagt Bluhm ergänzend. Aber wenn ich heu-

te auf die vielen Themen und Ereignisse zurückblicke, die sich damals eröffnet haben, dann finde ich, dass man von einem Erfolgsprojekt sprechen kann“. DIE LINKE

Bürger Angelika Gramkow zur Oberbürgermeisterin in Schwerin. Im heutigen Landkreis Vorpommern-Greifswald ist Dr. Barbara Syrbe seit 2001 Landrätin und in Rostock ist DIE LINKE stärkste Kraft in der Bürgerschaft.

“Wir sind stolz auf das, was wir erreicht haben“, sagt Bluhm. “Und ich weiß, dass wir auch in zehn Jahren noch für soziale Gerechtigkeit und eine friedliche Außenpolitik kämpfen werden und kämpfen müssen. Vieles hat sich gewandelt in den letzten 25 Jahren. Unsere Ziele sind aber immer die gleichen geblieben”.

Die Partei will daher zum Anlass ihres runden Geburtstages auch gemeinsam auf die

letzten zehn Jahre zurückblicken. Mit dem Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch und vielen interessanten Gästen, lädt DIE LINKE M-V am 28. August in Schwerin zu einer Feier ein. *Pressemitteilung*

soziale Gerechtigkeit
Hartz IV abschaffen
Rentengerechtigkei
gute Arbeit Mindestlohn
Kinderarbeit bekämpfen gute Bildung
Frieden gute Löhne

**Zehn Jahre DIE LINKE. M-V
Das Ziel stets vor Augen!**

DIE LINKE.
www.die-linke-mv.de

ist in ganz Mecklenburg-Vorpommern fest verankert, stellt zahlreiche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, drei Bundestags- und elf Landtagsabgeordnete. Im Jahr 2008 wählten die Bürgerinnen und

Pflichtlektüre zum Wahlkampf

Soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden sind wählbar: DIE LINKE - konsequent, glaubwürdig, nicht käuflich!

von Sahra Wagenknecht & Dietmar Bartsch, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Deutschland braucht mehr soziale Sicherheit, höhere Löhne und Renten. Das gibt es nur mit einer grundlegend anderen Politik. Mit der neoliberalen Politik muss Schluss sein. Sie spaltet das Land. CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne haben unser Land ungerechter gemacht.

Für viele Menschen reicht das Geld nicht mehr zur Bewältigung ihres Alltags, die Miete, die Klassenfahrt oder einen Urlaub. Auf der anderen Seite gibt es obszönen Reichtum. Angela Merkels Lieblingsphrase, „Deutschland geht es so gut wie nie zuvor“, hat mit der Lebensrealität großer Teile der Bevölkerung nichts zu tun.

Lange galt das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft, dass jeder, der sich anstrengt, auch Aufstiegschancen hat. Heute bestimmt wieder vor allem die soziale Herkunft den individuellen Wohlstand.

Wenn existentielle Sorgen der Menschen nicht mehr ernst genommen werden, erwachsen daraus Frust, Wahlenthaltung und wachsende Stimmenanteile für rechte Parteien. Wir kämpfen darum, dass Rechtspopulisten und Rassistinnen nicht in den Bundestag einziehen. Ein konsequentes und glaubwürdiges Eintreten für eine andere Politik, für einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Sicherheit und Frieden, ist wichtiger denn je.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich nicht vor den Mächtigen und Reichen weg duckt und für die sozialen Rechte der Mehrheit der Bevölkerung streitet:

1. **Schluss mit der Lohndrücke:** Ein Mindestlohn, der zügig auf 12 Euro steigt, statt Armutslöhne muss das Minimum sein. Nur dann reicht es später auch für eine Rente oberhalb der Grundsicherung. Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge muss ebenso verboten werden wie die Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund. Frauen müssen endlich den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten. Auch die Löhne im Osten müssen zügig zum Westniveau aufschließen.

2. **Starker Sozialstaat statt Unsicher-**

heit und Zukunftsangst: Wir brauchen eine zukunftsfeste gesetzliche Rente und keine Subventionierung risikoreicher Kapitalmarktprodukte, die nur Banken und Versicherungen reich machen. Österreich zeigt wie es geht. Dort zahlen alle in den gleichen Rententopf ein und ein durchschnittlicher Rentner erhält 800 Euro mehr im Monat. Das wäre auch in Deutschland

dizin muss es eine solidarische und paritätisch finanzierte Gesundheitsversicherung für alle geben. So sinken die Beiträge und Zuzahlungen gehören der Vergangenheit an.

3. **Gemeinwohl statt Renditejagd:** Privatisierungen bedeuten einen Angriff auf soziale Menschenrechte. Profitinteressen haben beim Betrieb von Krankenhäusern, Schulen und bei der Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums nichts zu suchen. „Öffentlich-private Partnerschaften“ (ÖPP) sind regelmäßig teurer als staatlich finanzierte Projekte. Stattdessen wollen wir mit Reichensteuern die dringend notwendigen Investitionen in Bildung und Gesundheit, Pflege und Erziehung, in Schwimmbäder und den sozialen Wohnungsbau finanzieren und sichern.

4. **Wir legen uns mit den Superreichen und Mächtigen an:** Nicht die Besteuerung von Riesenvermögen ist eine Enteignung, sondern die Existenz solcher Vermögen beruht auf Enteignung. Niemand kann mit ehrlicher Arbeit Milliarden verdienen.

Ohne Wiedererhebung der Vermögenssteuer als Millionärsteuer ist die Wiederherstellung des Sozialstaates nicht finanzierbar. Außerdem gilt es, der Steuerflucht der Konzerne einen Riegel vorzuschieben. Familien mit Kindern, Alleinerziehende sowie niedrige und mittlere Einkommen wollen wir deutlich entlasten. Kinderarmut muss endlich wirksam bekämpft werden.

5. **Frieden und Sicherheit statt Aufrüstung:** Statt

immer mehr Geld für Waffen und Krieg zu verschleudern, wollen wir Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen. Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete gehören verboten, unsere Soldaten müssen aus ihren Einsätzen nach Hause zurückgeholt werden. Denn der sogenannte „Krieg gegen den Terror“ hat letztlich nur die Terroristen immer stärker gemacht. Das NATO-Rüstungsziel von zwei Prozent des BIP ist blanker Wahnsinn. Grund- und Freiheitsrechte müssen wieder gestärkt, statt immer weiter geschliffen werden. Wir fordern mehr Personal bei der Polizei statt Schlapphüte bei den Geheimdiensten und eine konsequente Aufklärung von Spionageattacken und der NSU-Mordserie.

Die Bundestagswahl muss ein Zeichen für Veränderung werden. Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme für soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden!



Mindestlohn reicht nicht zum Leben

Kein Schutz vor Armut, die Niedriglohnschwelle liegt bei 11,09 Euro.

Kein Schutz vor Altersarmut, dafür wären mindestens 11,86 Euro nötig.

Es gibt zu viele Ausnahmen.

8,84 €/h
Der Mindestlohn ist zu niedrig!

DIE LINKE fordert*:

- Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen
- Sonderzahlungen, Prämien, Sachleistungen: zusätzlich zum Mindestlohn
- Ausnahmen (Langzeitarbeitslose, Praktikant*innen usw.) abschaffen

*Antrag der LINKEN im Bundestag, Drs. 18/11599

Regierungsfähig

www.dielinke-essen.de

Nicht regierungsfähig

DIE LINKE.

möglich. Die Arbeitslosenversicherung muss vor sozialem Absturz schützen. Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel abhängen: Statt der heutigen Zwei-Klassen-Me-

Ein Leitbild für DIE LINKE. M-V

Der Landesparteitag verabschiedete im Frühjahr 2017 in Rostock den Beschluss „Aufbruch M-V 2021“, in dem nach der Auswertung der verlorenen Landtagswahl 2016 erste Schlussfolgerungen für die künftige Struktur und die weitere politische Arbeit unseres Landesverbandes gezogen werden. Wir dokumentieren an dieser Stelle den lesenswerten Abschnitt zum Leitbild der LINKEN. M-V:

Unser Leitbild, unsere Herausforderungen

Gemeinsam haben wir auf verschiedenen Ebenen und in vielen Gremien miteinander diskutiert. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Wir wollen die Strategie-debatte fortsetzen und weiter über unser Leitbild, inhaltliche Alternativen zur Regierungspolitik und die praktische Umsetzung unserer Ziele diskutieren. Dabei waren und bleiben wir offen für Vorschläge, die uns von außerhalb der Parteistrukturen erreichen. Natürlich gibt es Herausforderungen, die alle Strukturen und Mitglieder des Landesverbandes teilen. Doch regionale Unterschiede sowie teilweise sehr spezifische Nöte und Wünsche haben uns erkennen lassen, dass wir einerseits gemeinsame Lösungsansätze brauchen, aber eben auch bedarfsgerechte, individuelle Herangehensweisen.

Den Kapitalismus überwinden!

DIE LINKE ist die Partei, die den Kapitalismus überwinden will. Er treibt die Menschheit auseinander, verursacht Ungerechtigkeit und Armut, Habgier, Kriege und gewalttätige Konflikte. Kapitalismuskritik darf neben dem wichtigen politischen Alltagsgeschäft nicht versiegen. Protestieren, gestalten, Alternativen aufzeigen: Wir stellen unsere Idee einer sozial gerechten, einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft in den Vordergrund, wir üben Protest, wir bieten umsetzbare Lösungen. Das strategische Dreieck des Erfurter Parteiprogramms ist für uns richtungsgebend. Unsere Arbeit und die Gestaltung von Materialien sowie Veranstaltungen sollen demokratisch-sozialistische Werte beinhalten und sie als solche auch selbstbewusst benennen. Es bleibt die Herausforderung, linke Perspektiven und Alternativen intensiver zu verbreiten, zu vermitteln und Überzeugungsarbeit zu leisten.

DIE LINKE – eine Friedenspartei

Es ist unsere Stärke, unser Alleinstellungsmerkmal, unsere Priorität: Wir sind eine Friedenspartei. Abrüstung, das Verbot von Waffenexporten und diplomatische Lösungen sind unsere Alternativen. Bei unserem Ruf nach Frieden sind wir unerschütterlich und unermüdlich. Unser Engagement für Geflüchtete und Migrantinnen und Migranten resultiert auch aus unserem Verständnis, dass Menschen geholfen wird, wenn in ihrem Heimatland Krieg, Hunger, Terror, Verfolgung und/oder Armut herrschen.



Wir wollen Spaghetti in der Schule, ohne dass Mama und Papa dafür zahlen.

DIE LINKE.

Befristete Arbeitsverträge in SPD geführten Ministerien in M-V

Bildungsministerium

2009 3

2017

29

Sozialministerium

2009 4

2017

26

Landwirtschaftsministerium

2009 7

2017

17

Mit gutem Beispiel vorangehen. Befristungen abschaffen! DIE LINKE.

www.die-linke-rostock.de

DIE LINKE – sozial gerecht

Unsere Entscheidungen in den Parlamenten und Kommunalvertretungen müssen auf die Stärkung sozialer Gerechtigkeit

ausgerichtet sein. Die Einwohnerinnen und Einwohner sollen praktische Lösungen erfahren, die greifbar und spürbar sind. Unser Engagement für Rekommunalisierung, Daseinsvorsorge oder die Stärkung von Genossenschaften zeichnet linke Politik aus. Die Kampagne zur Bekämpfung von Kinderarmut oder auch die Initiativen unserer Landtagsfraktion beweisen exemplarisch wie es geht, wobei wir die öffentliche Wahrnehmung verbessern können. Auch Solidarität, Nachhaltigkeit, Inklusion und die Mitbestimmung der Einwohnerinnen und Einwohner gehören für uns zu den Wesensmerkmalen einer sozial gerechten Gesellschaft. Die Kunst wird darin bestehen, unser soziales Profil weiter zu schärfen und Schwerpunkte zu setzen.

DIE LINKE – empathisch und nah am Menschen

Insbesondere durch unser intensives Engagement in den Kommunen und Gemeinden vor Ort spüren wir, dass die Einwohnerinnen und Einwohner das uneigennützigste, zugewandteste, hilfsbereite und ehrliche Handeln der Parteimitglieder und Sympathisanten schätzen. Wir hören zu, wir sind vor Ort, wir handeln nicht von oben herab. DIE LINKE steht für Menschlichkeit und Transparenz, für Verlässlichkeit und Optimismus. Um diese Werte auch bei Wahlen in stabile Ergebnisse münden zu lassen, müssen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit qualifizieren und vor allem unser lokal verankertes Engagement personell absichern.

DIE LINKE – vernetzt und offen

Immer wieder betonen wir die Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Initiativen und Akteuren. Vielerorts bestehen bereits enge Beziehungen, deren Aufrechterhaltung auch durch fehlende Personal- und Zeitressourcen schwieriger wird. Ein Ziel muss sein, noch häufiger die eigenen Räume zu verlassen und mit Vereinen, Verbänden, Initiativen und auch Unternehmen zusammenzuarbeiten und sie bei ihren Anliegen zu unterstützen. DIE LINKE ist eine aufgeschlossene Partei, die nicht in ihrem eigenen Saft schmort. Moderne Kommunikationsmittel und Veranstaltungsformen sind zu etablieren, damit Adressaten außerhalb der Partei besser erreicht und eingebunden werden.

Kinderfest in Schwaan

Ein Fest für Kinder sollte es werden – und so war es dann auch. Der liebe Gott muss Schwaaner sein, er hatte ein Einsehen mit uns und ließ nach großem Schauer die Sonne wieder scheinen. Und – wir selbst waren auch gut gewappnet, um alle kleinen und großen Gäste willkommen zu heißen.

Stationen waren vorbereitet, Preise eingetütet, Kaffee und Kuchen standen bereit und auch an ein extra Eis für die Kleinen war gedacht. Lachen und überall fröhliche Gesichter waren am Ende unseres Kinderfestes unser schönster Lohn. Und – im kommenden Jahr heißt es zum Kinderfest wieder: Herzlich Willkommen!

Das Kinderschminken war durchgängig dicht umlagert, das Wissensquiz fand seine Interessierten, sie sollten mit einer 'Schiffsreise' belohnt werden. (Was sich

jedoch manch ein Erwachsener so dachte?) Auch die Bastelstraße fand großen Anklang. Die Kreativität der Kinder war grenzenlos. Begeisterung an allen Stationen. Beim Sackhüpfen und Eierlaufen waren Kinder und Eltern manches Mal 'Gegner'. Die Hüpfburg war immer 'gut besucht', das Torwandwerfen bzw. -schießen suchte seine Meister. Die riesigen Seifenblasen erstaunten die kleinen Besucher, sie waren voller Freude, es selbst versuchen zu dürfen. Ein Höhepunkt war das Puppentheater aus Siemitz. Gezeigt wurde 'Vom Wolf und dem mutigen Hasen'. Die Kinder verfolgten die Geschichte aufmerksam. Und zum guten Schluss die Fahrt mit dem 'Warnowlöper'.

Danke an alle Sponsoren!

Kommunales Netzwerk Schwaan



100 Jahre „An alle - Frieden!“ Lenin 1917

Die Beendigung des 1. Weltkrieges wurde mit diesem Telegramm eingeleitet. Eine Chance für das friedliche Miteinander der Staaten – sie wurde aber nicht genutzt. Es folgte der 2. Weltkrieg. Er endete in Europa bekanntlich am 8. Mai 1945. Eine neue Chance für die Menschheit in Frieden nebeneinander zu leben. Es folgte die längste Friedensperiode in Europa. Sie endete aber mit der Auflösung der sozialistischen Staaten in Europa. Die Losung "Schwerter zu Pflugscharen" wurde vergessen!

In Bad Doberan gab es von 1933 bis 1945 eine "Adolf-Hitler-Straße". Auf Befehl der Roten Armee wurde dieser Name 1945 entfernt. Der neue Name war "Straße des Friedens": 1991 entschied eine Mehrheit, der ersten freigeählten Stadtvertretung, der Name "Straße des Friedens" ist nicht mehr zeitgemäß.



Gedenken am 8. Mai in Bad Doberan

Er wurde entfernt.

Jetzt, im Jahre 2017, wird für die Rüstung weltweit mehr als eine Billion Euro ausge-

geben. Tendenz steigend. Waffenproduktion, Waffenexport, Waffenimport, Waffeneinsatz ist ein alltägliches Geschäft. Der Krieg ist allgegenwärtig! Die Gefahr des

sogenanntes Kinderdorf mit Spielgeräten, Bastelstrassen, Schminkstation, Hüpfburg und anderem aufgebaut worden, was von den Besuchern sehr zahlreich genutzt wurde.

Ja, und mittendrin hatten wir Linken und dfb-Frauen mit Unterstützung von Frauen aus dem „Cafe Ku“ des RFZ erneut einen Kuchenbasar aufgebaut, auf dem 25 selbstgebackene Kuchen gegen eine Spende angeboten wurden.

Den dazu gehörenden Kaffee kochten die fleißigen Helfer des RFZ. Auch der Zuckerkaffeapparat der Linken erfreute viele Kinderherzen. Alle Angebote fanden bei

Weltbrandes wächst!

In Bad Doberan steht im Klostersgelände ein Ehrenmal. Es ist den Opfern der Kriege und des Faschismus gewidmet. Jährlich, am 8. Mai "Tag der Befreiung" und am 1. September "Weltfriedenstag", gedenken wir hier der Opfer des Faschismus und der Kriege. Wir warnen aber auch vor den Folgen des Rüstungswahns und der zunehmenden Militarisation der deutschen Außenpolitik! Am 1. September sollte diese Veranstaltung besonders eindrucksvoll sein an allen entsprechenden Orten des Gedenkens. Dazu kann jeder beitragen bzw. er sollte es tun. DIE LINKE ist in erster Linie eine Friedenspartei. Sie ist keine Systemstütze!

Arnold Scholtz, Vorsitzender DIE LINKE. Ortsverband Bad Doberan; Fotos: Herr Otto

den kleinen und großen Besuchern natürlich großen Anklang.

Den Erlös des Kuchenbasars, dieses Mal in Höhe von 250,05 Euro, übergaben wir, wie schon in den Vorjahren, der Kinderstadt des RFZ für ihre vielseitige Arbeit mit Kindern aus Rostock und Umgebung. Wir freuen uns, damit einen Beitrag zum Gelingen unseres Wohngebietsfestes, übrigens dem ältesten Stadtteilfest in Rostock, geleistet zu haben.

Allen fleißigen Bäckerinnen, Helfern und Unterstützern herzlichen Dank.

Renate Jänicke, Sprecherin der BO 183

DIE LINKE auf dem Fischerfest in Rostock-Reutershagen

Vom 16. bis 18. Juni fand das 54. Fischerfest am Schwanenteich in Rostock-Reutershagen statt. Mittendrin am 17. Juni Mitglieder unserer Partei DIE LINKE und der Frauenorganisation „dfb e.V.“ aus unserem Wohngebiet, denn an diesem herrlichen Sonnentag war der traditionelle Familientag. Auf einem großen Teil der Festwiese war eigens für diesen Tag vom Rostocker Freizeitzentrum (RFZ) und vielen anderen Einrichtungen und Partnern ein

Erinnerungen an Dr. Hermann-Ernst Schauer, einen Rostocker Jung

Ich heff Hermann Ernst Schauer all 1936 in dei Naziorganisation „Deutsche Jugend“ (DJ) kennenlernt, wat dei Vörstuf för dei 6- bit 13-Jöhrigen taun Pflichtdeinst in dei „Hitlerjugend“ (HJ) wier.

As bi Heinkel miene Lihr tau ´n Flugzeugbur begün, besöchte Hermann-Ernst, 17-jöhrig, all as Kriegsfriewilliger dei Militärschaul in Potsdam un kehm dornah as Leutnant an dei Ostfront taun Insatz. Dat versprök ´ne grote Karriere. Oewer dorut wūr ierst mal nix, denn all in ´n Juni 1941 föhl hei verwundet dei Rotarmisten in dei Händ´ un kehm in ein Kriegsgefangenschaftlager.

Bleib aufrecht, mein Sohn! # – disse Mahnung har Hermann-Ernst sien Vadder em mit up denn Weg gäwen, as he, 18-jöhrig, in ´n 2. Weltkrieg treckte üm, wie he meinte, dei „Schande von Versailles“ för Dütschland tau tilgen. Hei har sik fragt, ob sien friewillige Insatz historisch un moralisch gerechtfaricht wier und „Ja“ seggt. Ierste Twiefel kehmen nah denn wortbüchigen Oewerfall up dei Sowjetunion, denn dormit wier ja ok dei Tweifrontenkrieg verbunn´ vör denn sien Vadder, ehemalig Major in I. Weltkrieg, so indringlich warnt har. In ´n Kriegsgefangenenlager bröchte dit # *Bleib aufrecht, mein Sohn!* Hermann-Ernst ierst richtig taun Nahdenken un denn in ein ´ inneren Konflikt. Hei fragte sik, wat woll in disse Situation von einen Vernichtungs- un Eroberungskrieg sien Vadder för Konsequenzen förrern wūr.

*

Mien Bekantschaft mit Hermann-Ernst Schauer kehm mi ierst werrer in ´t Gedächtnis trög, as ick 1984 dat Bauk „In den Wäldern Belorusslands – Erinnerungen sowjetischer Partisanen und deutscher Antifaschisten“ kennenlierte. Dor läst ick denn ok denn Bericht:

„Im Rücken der faschistischen 9. Armee“, wo Schauer utführlich sien antifaschistischen Lääbensweg von 1941 bit 1945 an dei Siet von dei russischen Partisanen beschreew.

Upgrund von sien humanistisch Ertrekung in ´n Oellernhus brukte ´t nich lang üm em för ein aktive antifaschistische Arbeit tau gewinnen.

Hei gehürte tau dei iersten dütschen Offiziere, dei Flugbläder schreewen un dei oewer denn Moskauer Rundfunk spröken. Ok wūr he Mitbegründer von dei ierste antifaschistisch Grupp kriegsgefangener dütscher Offiziere in dei Sowjetunion un wier Delegierter von dei Gründungskonferenz von ´t *Nationalkomitees „Freies Deutschland“*.

Sihr beindruckt hemm mi ok Hermann-

Ernst siene afschlutenden Sätze hiertau: # *Wenn ich heute über die Tätigkeit unserer Wehrmachtsgruppe des NKFD in der 9. Armee schreibe, erinnere ich mich noch gut daran, wie es uns quälte, dass wir nicht noch wirksamer unseren Auftrag erfüllen konnten, dass es uns nicht gelungen war, in*



einer Garnison unmittelbare Verbindungen zu knüpfen. Jeder unserer Gruppe wusste und weiß, dass das was wir taten, nur ein kleiner, ein bescheidener Beitrag an der großen Sache der Befreiung der Völker der Sowjetunion und unseres eigenen Volkes vom Faschismus war. Alles was wir taten, war ein Teil eines weitaus größeren Ganzen. Denn entscheidend für die Überwindung der faschistischen Armee waren natürlich die Siege der Roten Armee. Und daran mitgewirkt zu haben, erfüllt uns mit Freude und Stolz. #

1987 besöchte Dr. Hermann-Ernst Schauer sien Vadderstadt Rostock.

He süll in ´n Updrach det DSF-Zentralvörstands einen Vördrag oewer denn XI. SED-Parteitag un dat Verhältnis von Partei un Regierung tau Perestroika und Glasnost hollen.

Dei Zentralvörstand har dor-tau alle DSF-Kulturfunktionäre ut de DDR in ´t „Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft“ inlادت.

Ünner dei Funktionäre geef dat tau disse Tied väle Fragen tau denn von Michail Gorbatschow in dei Sowjetunion inleidten Prozess tau ´n Ümbu un Modernisierung von dat gesellschaftliche, politische un wirtschaftliche Sowjetsystem.

Dei Referent sprök nu dat „Glasnost“ mit russischen Akzent ut, un verklohrte uns dat dat nix wierer as Apenheit, Räd´- un

Informationsfrieheit bedühen wūr, dei in de DDR doch all längst, spädestens siet dat 11. Plenum von ´t ZK der SED Realität wieren.

Ok „Perestroika“ wūr ja nix nieget för uns un bedühd´ soväl as Ümbu un Modernisierung.

Also, worüm üm twei russische Würd rümpalavern, wo man doch dorför gaude dütsche Wür har? Wi mössten unsen Genossen Schauer ut Berlin taustimmen; ümmerhen kehm hei von ´n Kulturministerium un har entgegen sienen damaligen Chef, Kulturminister Bentzin, sogar dat 11. Plenum oewerstaht.

Keiner von uns DSF-Kulturfunktionäre har damals ein Ahnung, dat dei Referent ok all siet 1965 dei moralische Last von ein Parteirüge, wägen „mangelnde ideologische Wachsamkeit“ un „politische Sorglosigkeit“, mit sich dörch sien Funktionärläben schlöpte.

Worüm? Hei har dei DEFA-Filme „Spur der Steine“ un „Sonnensucher“ ok sienen Sägen gäben, dat heiten deed: „Genehmigt“.

Dei Begeisterung för Gorbatschows Perestroika un Glasnost ünner dei Bevölkerung makten so manken Genossen in ´n ZK unrauhig. Ok dei DSF-Zentralvörstand möst wat dorgegen dauhn. Man har uns nu denn Schauer schickt, üm uns „Perestroika“ un „Glasnost“ mit dei gefälligeren Würd, „Umgestaltung“ un „Transparenz“ klormaken tau laten. Disse Wunsch entsprüng dei Angst von ´t SED-Politbüro, dat dei demokratischen Ümwälzungen in dei Sowjetunion dat Volk in de DDR rebellisch maken künn´.

Dat wier all moeglich, denn dor wūr doch sünt ümmer bi jede Gelegenheit prädiget:

#Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen!# Dat wier nu so schlicht un recht oewer de Bühn gahn, denn Hermann-Ernst wier ein gaud Agitator mit klauke, oewertügende Argumente.

Achter dei Versammlung seeten wi noch in ´ Restaurant von ´t HdF tausamen. Hermann-Ernst freute sik apensichtlich oewer ´n Snack mit uns Rostocker „Pierknüppel“ un löt sik ok utführlich oewer

miene Reportagen-Seereis mit dei Rostocker Hochseefischer vertelln. Am meisten intressierte em uns Tausamenarbeit mit dei sowjetische Fangflott up hoge See. Dorbi entgüng mi nich, dat hei mankmal nich ganz bi de Saak un sihr nahdenklich wier. Oewer hei hett mi nich veraadt wat



Hermann Schauers ierste Dag in Kriegsgefangenschaft: 12. Juli 1941

em bedrücken deed. Ihrst 20 Jahr später, as uns Läben inne DDR all Geschicht wier, läst ick ut ein von dei Ostsee-Zeitung veröffentlicht Interview mit Hermann-Ernst Schauer, wat em damals Sorgen makt hett. Hei säd dor: # Es hat mich immer geärgert, dass wir es nicht schaffen, ein tatsächlich sozialistisches Gebilde aufzubauen. # Hei hett an dat Gaude glöwt un so ok väl Schlechtet mitdragen. Dennoch meinte hei: # Es war richtig, den Weg in eine bessere, gerechtere Gesellschaft zu suchen. Ich würde mich wieder daran beteiligen. # Dr. Schauer makte sik damals all grote Sorgen üm dei DDR, wat mi nu ihrst richtig bewusst wūr, in Erinnerung an sienen Rat, denn hei mi damals as einst Rostocker Jung up Plattdütsch geef: # Läs man ümmer schön denn „Sputnik“ denn büst du gaud informiert öwer dat, wat in Lenins Land los is. Nutz de Tied,

solang *Hei* uns blifft“. Ick fragt ´mi denn: „Wat meinte hei woll dormit: „solang *Hei* uns blifft?“ Dormit meinte Schauer denn „Sputnik“. Dat heff ick ierst begräpen, as an ´n 18. November 1988 dei Regierung der DDR dei Utlieferung von ´n „Sputnik“ dörch den Postzeitungsvertrieb (PZV) unnerbinnen deed, un mit denn Satz begründen wull: „*Sie bringt keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte.*“ Eine wiedere Begründung geef dat nich. Dat Verbot makte nu dei Bevölkerung ierst richtig mobil: Dat Wurd „Sputnik“ wūr nu taun Synonym för Unnerdrückung von Meinungs- un Pressefreiheit. Dat also har Hermann-Ernst mit sien Upförrerung meint, dei Tiet tau nutzen. Hei hett hofft, dat Perestroika un Glasnost würllich noch positivere Impulse för denn

Sozialismus sowoll in dei Sowjetunion as ok in dei DDR entwickeln würn. Dat hett sik leider nich erfüllt. Trutzdem bleef Hermann-Ernst Schauer – geburn an ´n 28. Januar 1923 in Rostock un storben an 14. Dezember 2011 in Berlin - bit tau sienen letzten Atemtog ein Internationalist, denn sien politische Läbensweg nah 1945 dei Schwur von de Häftlinge det KZ Buchenwald leit ´ hett: # Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! #

Kurt Kaiser

Literaturquelle: # Hermann-Ernst Schauer „Bleib aufrecht, mein Sohn“ Eine autobiographische Erzählung © trafo verlag dr. wolfgang weist 2005 ISBN 3-89626-276-9

Drei Teterower bei der 39. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Nürnberg

Vom 30. Mai bis 1. Juni 2017 fand in Nürnberg der diesjährige Deutsche Städtetag mit ca. 1200 Teilnehmern statt. Als Delegierte der Stadt Teterow nahmen der Bürgermeister Herr Dr. Reinhard Dettmann (parteilos), Bürgervorsteher Herr Werner Herzlik (CDU) und der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE Herr Herward Müller teil. Im Städtetag sind 199 unmittlere Mitglieder (insgesamt 31.836.486 Einwohner) und 3183 mittelbare Mitgliedsstädte/-gemeinden (20.022.708 Einwohner) organisiert. „Heimat. Zukunft. Stadt.“ - das war das Motto der Hauptversammlung in Nürnberg. Die Teterower nahmen u.a. am Forum „Lebendige Innenstädte: Zukunft von Stadt und Handel“ teil. Es war festzustellen, dass die Teterower Probleme ein gesamtdeutsches sind. Gesellschaftliche Veränderungen, wie zum Beispiel die demographische Entwicklung, die Zunahme kultureller Vielfalt und die Individualisierung prägen das soziale Miteinander in den Städten ebenso wie ökonomische und technische Veränderungen durch Globalisierung und Digitalisierung. Die Zukunftsfähigkeit und die langfristige Finanzierbarkeit der sozialen Sicherungssysteme beschäftigen die Menschen. Der strukturelle Wandel im Einzelhandel – insbesondere der rasch zunehmende Online-Handel – wirkt sich zunehmend nachhaltig auf die Innenstädte und Stadtteilzentren aus. Die Städte stehen angesichts zunehmender Leerstände und Gefahren für die Nahversorgungsfunktion einerseits sowie Verdrängungstendenzen, Interessenkonflikten und steigender Miet- und Bodenpreise andererseits vor großen

Herausforderungen. Dabei wurde herausgestellt – es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die Städte ergreifen können, um auch künftig attraktiv für Konsumenten zu sein. Dazu gehören zum Beispiel ein aktives Stadtmarketing, abgestimmte Stadtentwicklungskonzepte und die Verbesserung der digitalen Infrastruktur.



Die Bundesregierung maß dem Städtetag große Bedeutung zu. Am Mittwoch (31.6.) sprach die Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel zu den Delegierten. Ein wichtiger Punkt war u.a. die Finanzierung für die Integration der Flüchtlinge der vergangenen zwei Jahre, bei der die Städte stark gefor-

dert waren. Die zugesagten Mittel müssten bis über 2018 hinaus sichergestellt werden, forderte der Städtetag. Außenminister Herr Dr. Sigmar Gabriel sprach einen Tag später über die Flüchtlingsströme und -abkommen sowie sichere Grenzen. Der Städtetag arbeitete heraus, dass es Ziel sein muss, allen Menschen der Bundesrepublik gleiche Zukunftschancen einzuräumen, egal in welchen Teilen Deutschlands sie leben.

Zum Abschluss der Hauptversammlung verabschiedeten die Delegierten die Nürnberger Erklärung, in der 12 Eckpunkte verankert sind.

- Deutschland braucht lebenswerte Städte
- Städte sind Heimat
- Chancengleichheit als Ziel
- Heimat für alle
- Glaubwürdigkeit der Kommunalpolitik
- Städte sind Zukunft
- Bildungschancen von Beginn an
- Wohnen ist Lebensqualität
- Mobilität neu denken
- Städte als Orte des Zusammenhalts
- Ohne starke Städte geht es nicht
- Städte leben Europa

Zahlreiche Foren und Plenumsveranstaltungen sowie Exkursionen in das Stadtgebiet von Nürnberg rundeten das umfangreiche Veranstaltungsprogramm ab. Zur Vorsitzenden des Deutschen Städtetages wurde bis zum 31.12.2017 Oberbürgermeisterin Frau Eva Lohse, Ludwigshafen am Rhein wiedergewählt. Ihre Nachfolge tritt am 1.1.2018 Herr Oberbürgermeister Markus Lewe, Münster an.

Herward Müller

Der Rostocker Kreisvorstand tagte am 29. Juni

Informationen zur Sitzung des Kreisvorstandes vom 29.6.2017

Im ersten Teil der Sitzung verständigte sich der Kreisvorstand über einen Antrag des Genossen Torsten Sting, in dem er die Schaffung eines Aktionsbündnisses gegen den Pflegenotstand anregt. DIE LINKE setzt sich seit Monaten in einer Kampagne für mehr Personal in der Pflege ein, genauso wie die Gewerkschaft ver.di. Mittels eines Aktionsbündnisses, das auch anderen gesellschaftlichen Kräften offenstehen würde, könnten in Rostock die Kräfte gebündelt und gemeinsame Aktionen durchgeführt werden. Der Kreisverband wird hierzu Kontakt zu ver.di aufnehmen.

Eva-Maria Kröger berichtete aus der Bürgerschaft. Früher als gedacht liegen nun die Informationen der Stadtverwaltung zum Bürgerentscheid über den Standort des Traditionsschiffes vor. Eva bewertet diese Informationen als überwiegend sehr gut und neutral. Doch einige Änderungen wird die Fraktion noch vorschlagen.

Nach dem Rücktritt von Marie Guskowski aus dem Kreisvorstand war die Position des jugendpolitischen Sprechers vakant. Der Kreisvorstand berief Maximilian Hentschel zum neuen Sprecher.

Der Kreisvorstand beriet über den Bundestagswahlkampf. Am 7.8. wird Gregor Gysi in Rostock sein (ab 17:30 Uhr auf dem Neuen Markt), am 28.8. wird es einen gemeinsamen Auftritt von Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch geben (ab 15:00 Uhr Neuer Markt). Ab dem 13.8. werden wir in Rostock ca. 2000 Plakate hängen, hierfür wurden bereits Teams gebildet. Voraussichtlich zweimal sollen, organisiert von den Stadtteilverbänden, Infomaterialien in die Haushalte verteilt werden (Flyer ab 14.8., Wahlzeitung ab 28.8.) (Termine unter Vorbehalt). Weitere Infomaterialien, z.B. zur Briefwahl, sollen durch Einsatzteams gesteckt werden, um die Parteibasis zu entlasten.

Ausführlich diskutierte der Kreisvorstand über Schlussfolgerungen aus dem Beschluss des Landesparteitages „Aufbruch M-V 2021“ zur künftigen Arbeit des Landesverbandes. Wir wollen einige Ideen für den Kreisverband aufgreifen. Besonders wichtig ist uns, auch für Genoss*innen Ü30 Strukturen und Aktionsformen für politische Arbeit zu finden. Wir wollen die

Idee aufgreifen, mit Postkarten über kommunalpolitische Themen und die Arbeit unserer Bürgerschaftsfraktion zu informieren. Unterschiedliche Ansichten gab es über die Bedeutung der Landesarbeitsgemeinschaften für die politische Arbeit im Landesverband. Das dort vorhandene Potenzial muss besser genutzt werden. Dazu

die Menschen direkt ansprechen, z.B. mit unserem roten Lastenrad, mit Bauchläden etc.

Ein Mittel, Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen, sind nachwievor Leserbriefe. Hier kann jedes Parteimitglied einen eigenen Beitrag leisten.

Wir wollen wieder aktiver dafür werben, dass unsere Geschäftsstelle sich als offener Ort versteht, an dem auch andere Vereine und Initiativen Rostocks sich treffen können.

Sehr viele Mitglieder unseres Kreisverbandes sind auch in anderen Organisationen tätig. Das ist sehr wichtig für die gesellschaftliche Verankerung unserer Partei. Allerdings fehlt uns ein Überblick, wer wo engagiert ist. Hierzu wollen wir eine Datenbank erstellen und sind dafür auf Eure Hilfe angewiesen.

Anders als geplant wird unser Kreisverband nicht mit einer eigenen Aktion am Rostocker Klimaaktionstag im September teilnehmen. Nachdem wir im Mai eingeladen worden waren und bereits umfangreiche Vorbereitungen zum Thema nachhaltige Stadtentwicklung getroffen hatten, wurden wir von den Veranstaltern wieder ausgeladen. Als Begründung wurde uns mitgeteilt, dass das Agieren der Teilnehmer nicht politisch geprägt sein dürfe, also anders als in früheren Jahren keine Parteien zugelassen werden könnten. Diese Argumentation erscheint uns absurd, denn schon angesichts der US-Politik braucht es ein breites gesellschaftliches Bündnis für Klimaschutz. Gerade jetzt müssten sich Parteien positionieren!

Im August wird es wieder ein Neumitgliedertreffen geben. Wir werden im Stadthafen grillen. Der genaue Termin wird noch bekanntgegeben.

Christopher Köhn bedankte sich für die Unterstützung zahlreicher Genoss*innen auf dem von ihm organisierten Kinderfest in Reutershagen (siehe S. 1). Der Erlös i.H.v. 950 Euro konnte der Rostocker Tafel überreicht werden. Im nächsten Jahr soll es wieder ein solches Fest geben, kündigte Christopher an. Wir danken ihm für sein wertvolles Engagement!

Die nächste Sitzung des Kreisvorstandes findet am 20.7. um 18:30 Uhr statt.

i.A. Carsten Penzlin,
Co-Kreisvorsitzender DIE LINKE. Hansestadt Rostock



Am 23. Juni trafen sich viele aktive Rostocker Genossinnen und Genossen im „Heumond“ zu einem Gedankenaustausch über den anstehenden Bundestagswahlkampf. Unser Gast, Direktkandidat Dietmar Bartsch, stimmte die Anwesenden auf den Wahlkampf ein, formulierte Erwartungen und gab Antworten auf Fragen. Es war ein interessanter und motivierender Arbeit mit einem prima Spitzenkandidaten!

werden wir uns mit Vorschlägen an den Landesvorstand wenden.

Im Beschluss „Aufbruch M-V 2021“ wird gefragt, ob Infostände noch zeitgemäß sind. Je nach Standort und Ausgestaltung des Info-Standes, kann diese Form der politischen Arbeit noch sinnvoll sein. Wir haben in Rostock nur wenig geeignete Standorte, z.B. in Lütten Klein und Reutershagen. An anderen Standorten haben wir eher Enttäuschungen erlebt, deshalb sind Info-Stände nicht immer passend und zeitgemäß. Sinnvoller erscheinen uns kreative Aktionen, wie z.B. die Kochtour des Jahres 2016. Wir müssen in Bewegung sein und

Nun nimmt der Wahlkampf langsam Fahrt auf. Wahlprogramme werden diskutiert, beschlossen und manchmal sogar gelesen. Kostenlose Zeitungen und Flyer werden in Briefkästen gesteckt. Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren sich und ihre Ideen für eine bessere Welt auf Infoständen und Plakaten. Viele Bürger sind unsicher ob und welche Partei sie wählen werden. Wenn ich kleine Rotfeder meinen Kopf aus dem Wasser erhebe und lausche, was die Leute am Ufer so sagen, dann höre ich die unterschiedlichsten Meinungen. Für viele steht die Entscheidung fest. Aber manche meinen, dass ihre Stimme doch nichts ändern könnte und gehen nicht wählen. Andere glauben nicht, dass eine der etablierten Parteien ihre Interessen wirklich vertreten würde und bevorzugen populistische Demagogen. Wieder andere meinen, dass die ganze Gesellschaft dringend verändert werden müsse und leider nicht einmal die LINKE das in ihrem Programm fordern würde.

Kapitalismus tötet. Nicht nur die dem System innewohnende Tendenz zu Kriegen verursacht Tod und Leid. Schon der Drang zur Profitmaximierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen führt zu Armut, Vertreibung, Not, Krankheit und Hunger. Warum dürfen Waffen weltweit verkauft werden? Wie kann es sein, dass Pharmakonzerne und Kliniken vor allem Gewinne erwirtschaften müssen? Warum darf mit Lebensmitteln spekuliert werden?

Aber auch dort, wo es nicht unmittelbar um Leben und Tod geht, mögen ja marktwirtschaftliche Strukturen sehr effektiv funktionieren, doch vernünftig sind sie nicht überall. Können Journalismus oder Bildungswesen wirklich gut sein, wenn es hauptsächlich ums Geld geht?

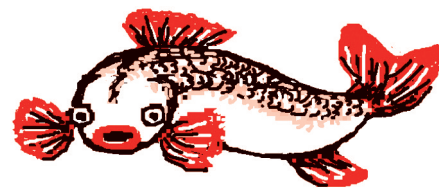
Der Kapitalismus hat sich stets als erstaunlich anpassungsfähig erwiesen. Er ist ein Überlebenskünstler und hat bisher vielfältige Veränderungsversuche überstanden.

Andererseits würden demokratische Ab-

stimmungen in Kunst und Wissenschaft selten zu den besten Ergebnissen führen. Geschmack und Akzeptanz entwickeln sich nur langsam, und zehn Narren überstimmen noch immer jeden Weisen.

Die Einführung des demokratischen Sozialismus wird in der nächsten Legislaturperiode nicht stattfinden, bleibt aber das programmatische Ziel der LINKEN. Was er eigentlich bedeutet und mit welchen erreichbaren Schritten wir ihm näher kommen und wie wir dafür Verbündete gewinnen können, das sollten wir aber immer einmal wieder diskutieren und zu klären versuchen.

Das meint eure Rotfeder



Denkwürdiges aus 800 Jahren Rostock

Bis zum Stadtgeburtstag 2018 wird der KLARTEXT auf einige denkwürdige Personen und Ereignisse aus der Geschichte Rostocks hinweisen. In dieser Ausgabe geht es um den genialen dänischen Astronomen Tycho Brahe, der mit seinen präzisen Himmelsbeobachtungen nicht nur einen Grundstein der modernen Astronomie legte, sondern damit zugleich auch der im 16. Jahrhundert vorherrschenden Lehre von einem unveränderlichen Kosmos das Fundament entzog.

An der Südwand des Gebäudes der Volks- und Raiffeisenbank am Glatten Aal in Rostock ist in einem vom Bildhauer Prof. Jo Jastram aus Kneese gestalteten bronzenen Relief Tycho Brahe zu sehen. Auffällig ist die goldene Nase. Tycho Brahe hatte als 20-jähriger Student der Rostocker Universität in einem Duell am Abend des 29. Dezember 1566 einen Teil seiner Nase eingebüßt. Bei dem Streit mit einem anderen dänischen Edelmann ging es nicht etwa um eine Frau, sondern darum, wer der bessere Mathematiker sei.

Tycho Brahe hatte bewusst die Rostocker Universität für sein Studium ausgewählt, weil sie einen sehr guten Ruf unter den europäischen Astronomen hatte, und bei seinen guten Kontakten zu Rostocker Medizinprofessoren hatte er bald eine neue Nase. Seine Nasenprothese aus einer Gold-Silber-Legierung musste er allerdings ständig mit einer Salbe ankleben.

Tycho Brahe wurde am 14. Dezember 1546 als Sohn einer reichen Familie auf Schloss

Knutstorp, Schonen in Dänemark geboren. Sein Onkel finanzierte ihm zunächst ein Jurastudium, aber er interessierte sich schon bald für die Astronomie. Als er 13 Jahre alt war, beobachtete er die Sonnenfinsternis vom 21. August 1560 und widmete sich von da an nachts den Sternen und tagsüber den Vorlesungen.

Die Veröffentlichung über seine Entdeckung eines vermeintlich neuen Sterns in der Konstellation Cassiopeia am 11. November 1572 brachte Tycho Brahe europaweiten Ruhm. Er hatte die gleißende Explosion einer sterbenden Sonne beobachtet, eine Supernova. Das Auftauchen eines „neuen“ Sterns am für unveränderlich gehaltenen Firmament erschütterte das Bild von der perfekten Harmonie der Himmelsphären gründlich.

Der dänische König Frederik II. überließ Brahe drei Jahre später nicht nur die Insel Ven im Sund zwischen Dänemark und Schweden, sondern auch einen bedeutenden Teil des dänischen Staatshaushaltes. Damit konnte Brahe sein Observatorium Uraniborg erbauen und mit von ihm selbst entworfenen Instrumente zu einem der wichtigsten europäischen Observatorien seiner Zeit ausstatten. Er begann sein eigentliches Lebenswerk. Mit erstaunlicher Präzision beobachteten er und seine Mitarbeiter die Fixsterne.



Mit mehr als 777 exakten Sternpositionen entstand schließlich der erste Sternenkatalog der modernen Astronomie. Frederiks Nachfolger Christian IV. stellte die Förderung für sein Observatorium ein. Im Streit mit Kirche, König und Adel verließ Brahe schließlich Dänemark 1599 nach Prag zu Kaiser Rudolf II., wo der später berühmte Astronom Johannes Kepler sein Schüler und Assistent wurde, der nach Tycho Brahes Tod mit 55 Jahren am 24. Oktober 1601 in Benatky bei Prag mit dessen Beobachtungsdaten die Gesetze der Planetenbewegungen begründen konnte.

Am 12. November 2016 ehrte die Universität Rostock mit Tycho Brahe einen der bedeutendsten und einflussreichsten Astronomen des 16. Jahrhunderts, der vor 450 Jahren ein Studium an der Universität Rostock begann, mit einem Symposium. Die Rostocker Astronomische Station trägt seinen Namen.

Wolfgang Bergt

Bildquelle: <https://www.myheimat.de/rostock/kultur/waehrend-seiner-studienzeit-in-rostock-hatte-tycho-brahe-angeblich-bei-einem-zweikampf-ein-stueck-seiner-nase-verloren-und-musste-dann-bis-an-sein-lebensende-eine-prothese-aus-einer-gold-silber-legierung-mit-viel-salbe-ankleben-m2014227,2391296.html>

Landesgeschäftsführer zu Gast in Evershagen

Am 22.06.2017 lud der Stadtteilverband Evershagen zu einer Gesamtmitgliederversammlung ein. Mit Blick auf den Kalender war klar, welches Thema uns umtreiben würde: die anstehenden Bundestagswahlen. Aber auch ein Blick nach hinten war nötig, um die gewesenen Parteitage auf Kreis-, Landes- und Bundesebene auszuwerten. Um uns also auf die anstehende Bundestagswahl einzustimmen und um vom Bundesparteitag in Hannover zu berichten, konnten wir unseren neuen Landesgeschäftsführer Kevin Kulke gewinnen. Sein Fazit zum Bundesparteitag war ein gutes. Die Fülle an Änderungsanträgen sei der Beweis für die lebendige Debattenkultur und das Engagement unserer Mitglieder. Zwar führte dies zu einer Mammutaufgabe für die Delegierten in Hannover, aber aufgrund der guten und straffen Organisation, den tollen Veranstaltungsort und hohe Disziplin aller Beteiligten, wurde diese Aufgabe gut bewältigt. Besonders hervorgehoben hat Kevin nochmals die Entscheidung den Beschluss zum Thema Kirchen, der am Samstagabend gefasst wurde, am Folgetag nochmals aufzumachen. Das sei unüblich, zeige aber auch unsere Bereitschaft Fehler notfalls zu korrigieren, auch auf solch einer großen Bühne. Dazu bedürfe es eines gewissen Mutes. Unzufrieden war Kevin, wie sicherlich viele Genossinnen und Genossen, mit der Berichterstattung zum Bundesparteitag. Die fiel insgesamt deutlich negativer aus, als das es der Bundesparteitag hergegeben habe. Grundsätzlich sei er ganz ähnlich verlaufen, wie der Bundesparteitag der Grünen, trotzdem wurde letzteres ganz anders in den Medien rezipiert. Aber davon sollen wir uns nicht entmutigen lassen. Wichtiger ist, dass wir geschlossen und motiviert in diese Bundestagswahl gehen. Der Bundesparteitag sei insgesamt eine runde Sache gewesen, wir haben nun

ein inhaltlich gutes, wenn auch sehr umfangreiches Programm und die Mitglieder wurden von unseren Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten hervorragend eingeschworen. Die Weichen sind gestellt. Nun läge es an uns, unsere Hausaufgaben, sprich einen guten und engagierten Wahlkampf zu machen.

Kevin konnte dann ausführen, was uns im Wahlkampf erwarten wird, ging auf die Wahlplakate ein (welche am 21.07. vorgestellt werden), nannte wesentliche Termine und Vorhaben, etwa zur Ostseebädertour, der Trucktour oder dem geplanten gemeinsamen Auftritt von Dietmar Bartsch und Sarah Wagenknecht in Rostock. Ziel



für den Landesverband sei, wie auch von Dietmar Bartsch wiederholt betont, das Bundestagswahlergebnis von 2013 mindestens zu bestätigen. Für uns in MV würde das ein Ergebnis von etwa 20% bedeuten. Dafür komme auch uns in Rostock mit dem Spitzenkandidaten eine besondere Verantwortung zu.

Kevin konnte auf jeden Fall mit seiner positiven Art alle mitnehmen und uns gut auf die anstehenden Aufgaben vorbereiten. Aber natürlich ist nicht alles eitel Sonnenschein. Während wir in Rostock die Kraft haben, einen engagierten Wahlkampf zu

führen, wird es wie auch in den letzten Wahlkämpfen verstärkt darum gehen, auch die ländlichen Räume so gut es geht zu bedienen. Die „weißen Flecken“, in denen DIE LINKE (und oft auch andere Parteien) nicht präsent sind, dürfen nicht größer werden. Das wird vor dem Hintergrund unserer Mitgliederstruktur eine große Aufgabe. Hier zu guten Lösungen zu kommen, treibt Kevin besonders um.

Neben dem organisatorischen gab es aber auch Raum für Persönliches. Als „Frischling“ im Amt, der er immer noch ist, hat Kevin natürlich auch seinen Werdegang in den Parteistrukturen dargelegt. Auch hier konnte er anhand seiner persönlichen Erfahrungen viel Erhellendes zu den Strukturen in unseren Westverbänden beitragen, die oftmals nicht den hohen Organisationsgrad haben, den wir hier gewohnt sind. Er betonte weiterhin, dass die kommunale Verankerung die absolute Basis für unseren Erfolg darstellt. Landesverbände, wie etwa Hessen, die sich diesen Schwerpunkt gesetzt und ihn konsequent verfolgt haben, stünden auch in den Land- und Bundestagswahlen besser da als andere, die diesen Weg nicht gehen. Dieser Effekt ließe sich überall beobachten: dort, wo die LINKE kommunal vertreten ist, und sei es nur mit einem einzelnen Vertreter oder einer Vertreterin, könne man von Wahl zu Wahl Zugewinne erkennen. Zwar oftmals nur kleine, aber eben stetige.

Alles in allem freuen wir uns, dass unser LGF sich die Zeit genommen hat uns zu besuchen und zu informieren. Und auch die mitgebrachte Erdbeertorte war lecker.

Nun hoffen wir alle gemeinsam auf einen engagierten und erfolgreichen Wahlkampf, nach dem DIE LINKE weiterhin drittstärkste Kraft im Bundestag und Dietmar Bartsch der gewählte Vertreter für den Wahlkreis Rostock ist. *Christian Albrecht*

Spekulation mit Landwirtschaftsflächen endlich stoppen

In Reaktion auf die Ankündigung der Landesregierung, die Initiative für Agrarstrukturgesetze zurückzuziehen, erklärt Heidrun Bluhm, Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE für den Ländlichen Raum und LINKE-Landesvorsitzende:

Minister Backhaus ist vor dem Bauernverband Mecklenburg-Vorpommern eingeknickt. Die angekündigte gesetzliche Initiative zur Einschränkung der Spekulation mit landwirtschaftlichen Flächen, bleibt er schuldig. Diese ist aus Sicht der LINKEN jedoch dringend notwendig. In den letzten zehn Jahren haben sich die Hektar-Kaufpreise in Mecklenburg-Vorpommern mehr als vervierfacht. CDU und SPD sehen zu, wie einheimische Bauern von landwirt-

schaftsfremden und überregionalen Investoren verdrängt werden, die damit ungehinderten Zugriff auf landwirtschaftliche Böden und Betriebe erhalten. Eine nachhaltige Landwirtschaft wird so unmöglich. Der radikale Wandel der Agrarstrukturen wird weiterhin zu einem massiven Höfesterben, vor allem bei Klein- und Familienbetrieben, führen. Die Konsequenzen: Wertschöpfung verlässt die Region und die Äcker in Mecklenburg-Vorpommern werden ausschließlich renditerorientiert bewirtschaftet – ohne Rücksicht auf Mensch, Natur und Kulturlandschaft und damit auf Kosten des gesamten Ländlichen Raumes.

Der Bauernverband schadet durch seine Position gegen das geplante Gesetz den Interessen der eigenen Mitglieder. Das

aus dem letzten Jahrhundert stammende rechtliche Instrumentarium, auf das sich die Gegner eines Agrarstrukturgesetzes stützen, ist nicht mehr geeignet, die Exzesse auf dem Bodenmarkt zu verhindern. DIE LINKE fordert in einem Antrag, der am morgigen Donnerstag, den 29.06.2017, im Bundestag debattiert wird: eine Regulierung des Bodenmarktes, die Stärkung der Position ortsansässiger Landwirte, Transparenz bei Bodenverkäufen und Bodenbesitz, den Stopp des Verkaufs landwirtschaftlicher Flächen aus dem öffentlichen Besitz der BVVG, eine Genehmigungspflicht für Anteilskäufe von landwirtschaftlichen Unternehmen mit Grundbesitz, die Unterbindung sogenannter Share Deals zur Umgehung der Grunderwerbssteuer.

Termine aus HRO und LRO

Datum	Zeit	Veranstaltung	Ort	Raum
Mi., 12.7.	18:30 Uhr	Sitzung Kreisvorstand LRO	Güstrow	Burghotel
Do., 13.7.	17:00 Uhr	RotFuchs: Prof. Lieberam zum Thema "Integrationsfalle Mitregieren"	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 15.7.	9-15 Uhr	Gesamtmitgliederversammlung LRO	Sieversh.	Ziegenkrug
Mo., 17.7.	18:30 Uhr	Sitzung Kreistagsfraktion	Bad Dob.	Kreisv., Kleiner Saal
Do., 20.7.	18:30 Uhr	Sitzung HRO-Kreisvorstand	Rostock	Geschäftsstelle
Sa., 22.7.	10:00 Uhr	Wahlwerkstatt des Landesvorstandes	Krakow	Schulplatz 2
Sa., 22.7.	14-17 Uhr	Sommerfest der LINKEN. Amt Krakow am See	Krakow	Anglergelände, Goetheallee 1
Do., 27.7.	20:00 Uhr	Veranstaltung zum Thema Europa mit Prof. Ulrike Guerot	Rostock	Peter-Weiss-Haus
So., 6.8.	20:00 Uhr	Hiroshima-Gedenken (Rostocker Friedensbündnis)	Rostock	Schwanenteich
Mo., 7.8.	17:30 Uhr	Gregor Gysi in Rostock	Rostock	Neuer Markt
Do., 10.8.	17:00 Uhr	RotFuchs: Generalmajor a.D. Daum über die russische Sicherheitspolitik heute	Rostock	MGH Maxim-Gorki-Straße 52
Sa., 26.8.	10-17 Uhr	13. Internationales Friedensfest	Graal-Mür.	
Sa., 26.8.		Gedenken 25 Jahre Lichtenhagen		
Mo., 28.8.	15:00 Uhr	Trucktour, Auftritte von Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht	Rostock	Neuer Markt
Sa. 23.9.	13:00 Uhr	Wahlkampfabschluss	Rostock	Uniplatz

Auf nach Berlin zur Fiesta de Solidaridad

Am 22. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder ihre traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin. Größer, bunter und vielfältiger wird die „Fiesta de Solidaridad“ in der Lichtenberger Parkaue in diesem Jahr werden. Das große Solidaritätsfest, organisiert von der AG Cuba Sí, ist über die Jahre zu einem Treffen der Soligruppen und Kubafreunde aus der gesamten Bundesrepublik geworden. Neu in diesem Jahr ist das „Internationales Dorf“, in dem sich die ALBA-Staaten vorstellen und die europäischen Solidaritätsgruppen ihre Projekte präsentieren. Ebenfalls neu ist eine zweite Bühne, die vor allem für Junge und Junggebliebene Anziehungspunkt sein soll. Hier berichten



u.a. Studierende über ihr Semester an der Technischen Universität in Havanna (CU-JAE). Den ganzen Tag wird es auf der Fiesta Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen und natürlich jede Menge Musik geben. Live dabei sind u.a. Damion Davis, Tape-te, Boxi Total, Calum Baird (Schottland), DJ Usnavi – und am Abend spielen Conexión und Banda Bassotti (Italien). Bei der Soli-Tombola kann man mit etwas Glück wieder einen Flug nach Kuba gewinnen. Nos vemos – wir sehen uns in Berlin zur Fiesta de Solidaridad!

22. Juli 2017, 14 – 22 Uhr
Parkaue Berlin-Lichtenberg
Wer die Fiesta unterstützen möchte, kann für 5 Euro unseren Solibutton kaufen.
Infos unter: <https://cuba-si.org/1743/fiesta-de-solidaridad>

Und täglich grüßt das Murmeltier. Pressemitteilung zur Forderung der CDU nach einer Umbenennung der Ilja-Ehrenburg-Straße

Zum gefühlt hundertsten Mal versucht die Rostocker CDU, den Namen der Ilja-Ehrenburg-Straße zu ändern. Da hierfür keine Mehrheiten in Sicht sind, werden die Begründungen von Jahr zu Jahr schriller. „Den Juden Ilja Ehrenburg mit Goebbels gleichzusetzen, wie es der CDU-Kreisvorsitzende tut, zeugt von Geschichtsvergessenheit, die traurig und wütend macht“, kritisiert der Co-Kreisvorsitzende der Rostocker LINKEN, Dr. Carsten Penzlin, die Kampagne der Jungen Union und der CDU. Die kritisierten propagandistischen Aussagen Ehrenburgs über den deutschen Kriegsgegner sind nur vor dem geschichtlichen Kontext zu begreifen: Überfall auf die Sowjetunion, Ermordung von Millionen

Menschen, verzweifelter Kampf ums Überleben.

„Ehrenburg war kein Feind des deutschen Volkes, sondern wollte seine Mitbürger zum Kampf gegen die Invasoren mobilisieren. Wer diese Tatsachen außer Acht lässt, setzt sich dem Verdacht aus, mit billiger politischer Stimmungsmache die Versöhnung von Deutschen und Russen zu torpedieren. Es reicht!“, ergänzt Phillip Bock, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN.

„Ich empfehle der Rostocker CDU, sich für die Lösung der wahren Probleme in dieser Stadt einzusetzen“, erklärt Carsten Penzlin. „DIE LINKE würde gerne Kampagnen der CDU für bezahlbaren Wohnraum, kostenfreie Kitas und die gute Ausstattung der öffentlichen Schulen unterstützen. An solchen Themen hat die Rostocker CDU aber kein Interesse. Das ist schade!“

Impressum

V. i. S. d. P. Carsten Penzlin

Kreisvorstand DIE LINKE. Rostock
Geschäftsstelle Rostock
Kröpelinstraße 24
18055 Rostock
Telefon: 0381-4920010
Telefax: 0381-4920014
E-Mail: info@dielinke-rostock.de
Internet: www.dielinke-rostock.de

Kreisvorstand DIE LINKE. Landkreis Rostock, Geschäftsstelle Güstrow, Markt 34, 18273 Güstrow
Telefon: 03843-687311
E-Mail: landkreis-rostock@die-linke-mv.de
Internet: www.die-linke-landkreis-rostock.de

Redaktion: Wolfgang Bergt, Peter Hörnig, Dr. Carsten Penzlin, Julia Schlaefer
Layout: Carsten Penzlin
Internet: www.dielinke-rostock.de
E-Mail: redaktion.klartext@web.de

Druckerei Weidner GmbH, Auflage: 1.200

Spendenkonto der LINKEN:
Landkreis Rostock:
IBAN: DE31 2003 0000 0028 6067 07
BIC: HYVEDEMM300

Hypo-Vereinsbank
Rostock:
IBAN: DE51 1305 0000 0430 0020 84
BIC: NOLADE21ROS

OSPA Rostock
Die Auffassungen in veröffentlichten Leserbriefen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich sinnwählende Kürzungen vor.

Abonnement: 2,50 € pro Ausgabe
(Spende + Versandkosten)

LYRIK

Status
(von Janina Niemann-Rich)

Bilderrahmen teuer
Inhalt unbezahlbar

Spiel
(von Janina Niemann-Rich)

Im Verlust
Liegt der Witz der Tragikomödie

Wissen und Annahme
(von Jürgen Riedel)

Politik von CDU CSU FDP
In schwarzen braunschwarzen braunen
Maßanzügen
Man weiß Bescheid
Bundeswehr im Tarnanzug
Man kann nur vermuten:
Sie robbt zwischen Ferne und Nähe
Zur schlammschuldigen Wehrmacht

Bafög-Lücke endlich schließen! DIE LINKE.

Durchschnittlicher Bedarf von Studierenden nach Berechnung des Deutschen Studentenwerks

Aktueller Bafög-Höchstsatz

Trotz der Bafög-Erhöhung im Herbst 2016, besteht für viele Studierende immer noch eine **erhebliche Unterfinanzierung**. Wir brauchen ein Bafög, das sich an den aktuellen Bedarfen orientiert - **für mehr Bildungsgerechtigkeit!**

735 EURO

920 EURO

www.die-linke-rostock.de

Bild: IMG_3593 / Mita Apfelbaum / flickr.com / CC-BY-NC-ND 2.0



Gewinner: Die Partei DIE LINKE ist die erfolgreichste Parteigründung der vergangenen Jahrzehnte.

Verlierer: Die Rostocker CDU. Keine Schlagzeile ist ihr zu billig, um in die Presse zu kommen.

Monatszitat

„Bomben schaffen nirgendwo Frieden. Sie befördern Terrorismus auf dieser Welt. Und der kommt eben dann auch nach Europa. Es geht darum, dass Deutschland zum ersten Kriegsdienstverweigerer wird.“ (Dietmar Bartsch)

Monatszahl

Kürzlich veröffentlichte die Bundestagsverwaltung die Rechenschaftsberichte der Parteien, in denen u.a. alle Zuwendungen ab einer Höhe von 10.000 Euro aufgeführt sind. Danach spendeten Unternehmen und Verbände den im Bundestag vertretenen Parteien 10,95 Mio. Euro. Bislang waren hiervon erst 1,12 Million Euro bekannt – sie mussten dem Bundestag unverzüglich nach Eingang gemeldet und dann auf der Parlamentsswebseite aufgeführt werden. Mehr als drei Viertel aller Unternehmensspenden entfielen auf die Unionsparteien, die Linke erhielt als einzige Partei keine veröffentlichungspflichtige Zahlung aus der Wirtschaft.

Preisrätsel

Sie können gewinnen, wenn Sie die folgenden Fragen richtig beantworten und Ihre Antworten an die Redaktion schicken. Wer den KLARTEXT aufmerksam gelesen hat, dürfte kein Problem haben.

1. Welche sind die Quellparteien der Partei DIE LINKE?
2. Wer war in Evershagen zu Gast, um über den Bundestagswahlkampf zu berichten?

Die Gewinnerin/den Gewinner des Preisrätsels erwartet eine Buchspende der Buchhandlung im Doberaner Hof.

Die Antworten richten Sie bitte per Post oder E-Mail an die Redaktion, ein Redaktionsmitglied oder an einen der zwei Kreisvorstände Rostock oder Landkreis Rostock.

Einsendeschluss ist der 01.09.2017

Rostocker Skizzen von Wolfgang Bergt: Uniplatz

